

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

15.01.2019

Von Stefan Huth

16.01.2019

Kein Vergeben, kein Vergessen!

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. SPD leugnet Mitschuld bis heute



Vom Militär ermordet, die SPD half mit: Karl Liebknecht (1871–1919) und Rosa Luxemburg (1871–1919)

Foto: jW-Archiv/Montage: jW

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht jähren sich heute zum 100. Mal – Bluttaten von erheblicher Tragweite, wie sich zeigen sollte. Am 15. Januar 1919 »verhaftete« eine sogenannte Bürgerwehr die beiden KPD-Mitgründer ohne Rechtsgrundlage in Berlin-Wilmersdorf und brachte sie von dort ins Eden-Hotel am Kurfürstendamm, Hauptquartier des Stabs der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD). Angehörige dieser nach Kriegsende noch funktionierenden Einheit des alten kaiserlichen Heeres beleidigten und misshandelten die beiden Revolutionäre, bevor sie sie hinterrücks erschossen. Zehn Tage später wohnten Tausende der Beisetzung von Liebknecht und vielen weiteren Opfern der Januarkämpfe in der Hauptstadt bei. Rosa Luxemburgs Leiche, erst Wochen später im Landwehrkanal aufgefunden, wurde im Mai 1919 ebenfalls auf dem Friedhof Friedrichsfelde bestattet.

Einen Freibrief hatten sich die Mörder von Rosa und Karl zuvor bei führenden Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) geholt, die faktisch die Macht im Staate ausübten. Befohlen wurde die Aktion von GKSD-Hauptmann Waldemar Pabst, gebilligt wurde sie vom selbsterklärten »Bluthund« Gustav Noske, der als erster SPD-Minister für das deutsche Militär zuständig war. Zustimmend wegesehen hat Friedrich Ebert, der als faktischer Regierungschef die politische Verantwortung für die Ermordung trug. Gesteigert wurde der konterrevolutionäre Furor später noch durch einen Schießbefehl Noskes, in dessen Folge im März 1919 allein in Berlin mehr als 1.200 Menschen den Tod fanden.

Die Geschichtswissenschaft hat seither eine unübersehbare Menge an Belegen für die Mitschuld der MSPD zusammengetragen, deren Kenntnisnahme die deutsche Sozialdemokratie bis heute beharrlich verweigert. Dabei wiegt die historische Schuld schwer, ihre ehrliche Aufarbeitung könnte ein Schritt in Richtung der vielberedeten Parteierneuerung sein. Begonnen werden müsste mit der Bewilligung der Kriegskredite 1914–18, der »Burgfriedenspolitik« während des Völkerschlachtens – und ihrer Rolle bei der Niederschlagung der Novemberrevolution, die sich gegen Militarismus und Krieg gerichtet hatte. Dem Faschismus wurde so der Weg geebnet. Ein Interesse an solcher Art Aufarbeitung ist indes nicht erkennbar, im Gegenteil: Die beim Vorstand angesiedelte »Historische Kommission«, das höchste geschichtspolitische Gremium der Partei, wurde im Juli 2018 »aus Kostengründen« abgewickelt. Deren Aufgabe soll nun die Friedrich-Ebert-Stiftung übernehmen. Ihre Umbenennung steht allerdings nicht auf der Agenda – als Kriegs- und Sozialraubpartei bleibt man traditionsbewusst.